



Antrag

der Fraktion der SPD

Atomausstieg verbindlich umsetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die jüngsten Vorfälle in schleswig-holsteinischen Atomkraftwerken und das Verhalten der Betreiber zeigen, dass eine strengere Gesetzeslage für den Betrieb und striktere Vorgaben für die Abwicklung notwendig sind.
2. Der Landtag Schleswig-Holstein spricht sich dafür aus, im Atomgesetz den Rückbau verbindlich vorzuschreiben und die Möglichkeiten des sicheren Einschlusses nicht mehr vorzusehen. Da der Rückbau sicherer als der Einschluss ist und die Kommunen Planungssicherheit brauchen, darf es hier keinen Entscheidungsspielraum für die Betreiber geben, bei dem die Kosten eine größere Rolle spielen als Sicherheitsaspekte.
3. Der Landtag fordert die Bundesregierung auf, den Betreibern feste Fristen vorzugeben, wann mit dem Rückbau begonnen werden muss. Diese müssen durch eine Festlegung der Dauer des Rückbaus ergänzt werden. Für die Nichteinhaltung der vorgegebenen Fristen müssen wirkungsvolle Konsequenzen vorgesehen werden.

Begründung

Die Lagerung aller Arten von Atommüll sowie der Rückbau der Atomkraftwerke sind unzureichend geregelt. Schacht Konrad wird voraussichtlich ab 2019 für die Endlagerung von radioaktiven Abfällen zur Verfügung stehen. Der Zeitraum von rund sieben Jahren spricht nicht dagegen, die Endlagerung und den Abbau der Atomkraftwerke ab sofort gezielt vorzubereiten. Dazu gehören verbindliche Konzepte und Zeitpläne. Wie das Beispiel Vattenfall bei den AKW Brunsbüttel und Krümmel jedoch zeigt, steht zu befürchten, dass zumindest einzelne Betreiber auf Zeit spielen und alle Gesetzeslücken ausnutzen werden, um sich einer strengen Aufsicht und verbindlichen Vorgaben zu entziehen. Je schneller der Weg zum Abbau und dessen Konzept definitiv festgelegt werden, desto weniger Möglichkeiten haben AKW-Betreiber, Entscheidungen auf die lange Bank zu schieben und dadurch ggfs. von vorgegebenen Standards abzuweichen.

Da der Rückbau der Atomkraftwerke und die Endlagerung des Atommülls höchst sensible Themen sind, müssen wir schnellstmöglich handeln. Eine Erweiterung des Atomgesetzes bietet die Möglichkeit, sowohl die Endlagerung als auch die Art des Rückbaus von Atomkraftwerken verbindlich vorzuschreiben.

Olaf Schulze
und Fraktion